



**Liebe Kolleginnen und Kollegen,**

angesichts der ungeheuerlichen Medienhetze gegen Eure berechtigten Forderungen und Streikmaßnahmen und angesichts unverhohlener Drohungen mit „Konsequenzen“, falls Ihr das grundgesetzlich garantierte Koalitions- und Streikrecht auch wahrnehmt, erklären wir Euch die **Solidarität der DKP Stuttgart**.

Eure Forderungen nach einer spürbaren Entgelterhöhung und nach Arbeitszeitverkürzung sind angesichts der Krise (die einerseits der mangelnden Massenkaufkraft geschuldet ist und andererseits geradezu nach einer gesamtgesellschaftlichen Senkung der Normalarbeitszeit schreit) mehr als berechtigt.

Mit Eurem entschiedenen Widerstand gegen die Aushebelung des Streikrechts seid Ihr Vorkämpfer/Innen für alle Gewerkschafter/Innen, die sich nicht von Unternehmern und ihren politischen Handlangern die „Spielregeln“ diktieren lassen wollen, in denen Arbeitskämpfe geführt und Tarifverträge durchgesetzt werden können.

Wer nur den jeweils im Betrieb mitgliederstärksten Gewerkschaften das Tarifrecht zubilligt, will mögliche weitertreibende Potenzen für bessere Abschlüsse lahmlegen.

Wer behauptet, die Durchsetzung besserer Ergebnisse durch durchsetzungsstärkere Beschäftigungsgruppen ginge auf Kosten der übrigen Beschäftigten, vertritt letztendlich die Meinung, die Gewerkschaften hätten nur die Aufgabe unter den Beschäftigten das zu verteilen, was ihnen die Kapitalseite zugesteht.

Es geht aber in den aktuellen Kämpfen nicht um die Verteilung des (immer mickriger werdenden) „Kuchenstücks“, das uns die Unternehmer freiwillig zugestehen, sondern um die Umverteilung des „Kuchens“ überhaupt.

Das Ansinnen der Bahn, Ihr dürftet zwar für alle Eure Mitglieder verhandeln, hättet aber das Ergebnis zu akzeptieren, das beispielsweise die EVG für die Zugbegleiter abschließt, würde die Verhandlungen zur Farce machen.

**Breit ist die Front derer, die jetzt Gewerkschaftsrechte aushebeln wollen:**

- SPD- Arbeitsministerin Nahles soll die GDL in den Griff bekommen, schreit die CDU.
- Diese nützt die Stimmungsmache, um erneut das verfassungswidrige „Tarifeinheitsgesetz“ zu forcieren, das die Unternehmer (und leider auch einige DGB- Gewerkschaftshierarchien) schon letztes Jahr gefordert, und das sich CDU und SPD im Koalitionsvertrag gegenseitig versprochen haben.
- Diejenigen, die mit TTIP, CETA und anderen „Freihandelsabkommen“ jedwede Daseinsvorsorge den Profitinteressen der Großkonzerne unterordnen wollen, sehen elementare Daseinsversorgung gefährdet, wenn die Lokführer fünf Tage lang streiken.
- Streiks müssen gesetzlich so reglementiert werden, dass sie „verhältnismäßig“ bleiben, schallt es quer durch den Bundestag. (Immer so, dass Kraftproben nicht wirklich gewonnen werden können?)

**Breiter muss die Front der Solidarität werden,**

- mit Euren Forderungen und mit Euren Streiks,
- gegen diejenigen, die Eure Macht und letztendlich die Macht der Gewerkschaften überhaupt brechen wollen.

**Dafür treten wir mit Euch gemeinsam ein.**